A-1 Abschlussbericht Arbeitsbereich Debattenorte

Gremium: Arbeitsbereich Debattenorte
Beschlussdatum: 26.09.2024
Tagesordnungspunkt: A Abschlussbericht des Arbeitsbereichs Debattenorte

Antragstext

Einführung

Der Debattenorteprozess war ein zwei Jahre andauernder Verbandsentwicklungsprozess, der im Herbst 2022 gestartet wurde und zu diesem Bundeskongress abgeschlossen wird. Er sollte analysieren, wie Debatten im Verband geführt werden, und konkrete Verbesserungsvorschläge für die verschiedenen Räume, in denen Debatten stattfinden, und die Debattenkultur erarbeiten. Zuständig für die Durchführung des Prozesses waren der gleichnamige Arbeitsbereich und der Bundesvorstand.

Der Prozess wurde in folgende Phasen unterteilt:

1. Vision entwickeln
2. Analyse des Status Quo
3. Ideen und Maßnahmen
4. Umsetzung

Der Arbeitsbereich, zu dem Zeitpunkt bestehend aus Klara, Charlotte, Rosalie, Heinrich und Jonathan, hat im ersten Jahr die ersten drei Phasen des Prozesses durchgeführt. In der ersten Phase wurde ein Visionenpapier entwickelt, welches zusammenfassen sollte, wie sich Mitglieder die Grüne Jugend vorstellen. Dieses Papier wurde mit dem Verband diskutiert. In der Analysephase hat der Arbeitsbereich eine verbandsweite Umfrage und Interviews mit stillen Kreisverbänden durchgeführt, wie Mitglieder die wichtigsten Debattenräume im Verband wahrnehmen. Die Ergebnisse wurden dem Verband vorgestellt und beispielsweise digital oder auf dem Länderrat diskutiert. Es wurde ermittelt, dass der Bundeskongress und die Fachforen die Debattenorte mit dem größten Reformbedarf sind und dass es ein Verbesserungspotential in der verbandsinternen Kommunikation, also beispielsweise der Informationsweitergabe zwischen den

Ebenen, gibt. Gemeinsam mit dem Bundesvorstand hat der Arbeitsbereich Vorschläge für Maßnahmen und weitere konkrete Bearbeitungsfelder erarbeitet, welche im Arbeitsprogramm festgehalten und auf dem Bundeskongress 2023 beschlossen wurden.

Dem Bundeskongress wurde 2023 ebenso ein Zwischenbericht über die Arbeit des Arbeitsbereiches vorgelegt. Außerdem wurde er durch die Wahl von Andrea, Alicia, Phi, Sarah, Stefan und Wenzel auf 11 Personen erweitert.

In diesem Jahr hat der Arbeitsbereich mögliche Bundeskongress- und Fachforenreformen erarbeitet, sich ausführlicher mit den optimalen Debattenverläufen im Verband beschäftigt und mit den Regionalforen und dem KV-Buddy-Programm neue Debattenformate ausprobiert. Mit dem Abschlussbericht endet der Debattenorteprozess vorerst.

Mehr Beteiligung für demokratische Strukturen – Empfehlungen an Vorstände

Als Arbeitsbereich hatten wir die Aufgabe, Wege zu erarbeiten, wie wir verbandsweite Debatten insbesondere im Vorfeld des Bundeskongresses, aber auch generell verbessern können. Ein Schwerpunkt sollte dabei auf den Kreisverbänden und welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, dass sich alle Mitglieder sinnvoll an diesen Debatten beteiligen können. Wir haben uns als Arbeitsbereich intensiv mit dem Ist-Zustand von Debattenverläufen beschäftigt. Hierzu haben wir unter anderem die Erkenntnisse der Verbandsumfrage genutzt. Im Verlauf der Arbeit kristallisierte sich heraus, dass…

- insbesondere die verschiedenen Rollen der Ebenen des Verbandes in Debatten nicht klar differenziert werden,
- sich insbesondere marginalisierte Mitglieder in Debatten nicht gehört fühlen,
- es häufig zu wenig Vorlauf für Debatten gibt,
- Landesverbände Debatten auf verschiedene Weise in ihre Kreisverbände tragen und wir Debatten nicht so zugespitzt führen, wie es für eine fundierte Entscheidungsfindung nötig wäre.

Ausgehend von dieser Analyse und dem im ersten Jahr gemeinsam mit dem Verband erarbeitete Visionenpapier haben wir an Vorschlägen für einen Sollzustand gearbeitet.

So haben wir als Arbeitsbereich Empfehlungen an den Bundesvorstand, die Landesvorstände und die Kreisvorstände erarbeitet. Dieses “How-to: Gute Debatte” fasst unter folgenden Überthemen verschiedene Empfehlungen zusammen:

1. **Je weitreichender die Entscheidung, desto breiter die Beteiligung:** Entscheidungen, die langfristige Konsequenzen tragen, müssen mit und auf allen Ebenen ausführlich diskutiert werden können.

2. **Zugespitzt und Relevant:** Gleichzeitig wollen wir uns auch nicht mit endlosen internen Debatten in unserer politischen Praxis lähmen.

3. **Gut Ding will Weile haben:** Gute Debatten brauchen mehr zeitlichen Vorlauf.

4. **Das Ebenen-Prinzip:** Debattenstände und Informationen müssen über verschiedene Ebenen weitergeleitet werden, damit nichts verloren geht.

5. **Methodisch sinnvoll:** Debatten müssen gut vorbereitet und moderiert werden.

6. **Gegenseitige Hilfe und Verantwortung:** Dafür kann man sich von anderen Ebenen Unterstützung holen.

7. **Beteiligung von marginalisierten Gruppen:** Marginalisierte Gruppen haben oft besondere Perspektiven, die auf jeden Fall Gehör finden müssen.

Das gesamte Papier findet ihr in der Wolke. In einer ersten Runde wurden die Empfehlungen an den Bundesvorstand herangetragen. Danach wurden sie in einem gemeinsamen Zoom aller Politischen Geschäftsführungen der Landesverbände durch den Arbeitsbereich vorgestellt. Wir haben empfohlen, dass die Landesvorstände sich danach noch einmal gemeinsam mit dem Papier beschäftigen. In einzelnen Landesverbänden haben wir als Arbeitsbereich auf Landesvorstands-Kreisvorstände-Treffen Workshops zu den Empfehlungen durchgeführt und sie so noch einmal näher an die Kreisverbände herangetragen. Es wird für den Erfolg des Debattenorte-Prozesses weiter zentral bleiben, dass der gesamte Verband sich an diesen Empfehlungen orientiert und sie in die Verbandspraxis übersetzt und wir so alle gemeinsam in unseren jeweiligen Rollen die Debattenkultur der Grünen Jugend verbessern.

Selbstverständnis

Der Arbeitsbereich beauftragte den Bundesvorstand mit der Erarbeitung eines neuen Selbstverständnisses. Das alte Selbstverständnis ist mittlerweile über 10 Jahre alt und entspricht nicht mehr der Verbandsrealität der GRÜNEN JUGEND. Auf unterschiedlichsten Veranstaltungen, beispielsweise dem BuVo-LaVo-Treffen, dem Frühjahrskongress und den Regionalforen wurde intensiv mit Mitgliedern darüber debattiert, was für sie die Grüne Jugend ist und wie wir zusammenarbeiten und uns politisch ausrichten wollen.

Regionalforen

Als großes neues Debattenformat haben wir in diesem Jahr die Regionalforen erprobt. Hierbei waren unsere wichtigsten Ziele, eine gemeinsame Debatte von Verantwortungsträger*innen der KV-Ebene aus verschiedenen Landesverbänden in der Grünen Jugend zu ermöglichen. Die Formate sollten dabei ein gutes Beispiel für Debattenkultur und -struktur sein und gleichzeitig mehr Kreisverbände an den relevanten Debatten beteiligen, indem die Verantwortungsträger*innen die Debatten als Multiplikator*innen auch zurück in ihre Kreisverbände tragen.

Auf Grundlage dieser Ziele haben wir vier Regionalforen in West, Ost, Süd und Nord organisiert, und KV-Verantwortliche aus den jeweiligen Landesverbänden dazu eingeladen. Hierbei waren wir in der Bewerbung zunächst vorsichtig, da, wenn sich tatsächlich Verantwortliche aus allen aktiven Kreisverbänden angemeldet hätten, die Plätze sehr knapp gewesen wären. Insgesamt haben am Ende 120 Personen an den Regionalforen teilgenommen und damit in keinem Regionalforum die verfügbaren Plätze annähernd gefüllt. Tatsächlich waren vor allem Landesvorstandsmitglieder, Verantwortliche aus sehr großen Kreisverbänden und sehr gut angebundene Verantwortliche aus kleinen Kreisverbänden anwesend. Eine tatsächliche Teilnahme aus der Breite des Verbands haben wir nicht erreicht.

Inhaltlich haben wir auf den Regionalforen drei Themen behandelt. Ein Rückblick und eine Auswertung der “Kein Bock auf Krise”-Kampagne zur Europawahl, die Bundeskongressreform sowie das Selbstverständnis der Grünen Jugend. Die Auswertung der Kampagne war dabei sowohl im Bezug auf inhaltliche als auch methodische Aspekte angelegt und hat viele spannende Einblicke in die konkrete Arbeit der KVen mit der Kampagne ermöglicht. Diese Eindrücke wurden vom Kampagnenteam ausgewertet. Zur Bundeskongressreform wurden hauptsächlich möglichen Szenarien zur Umstrukturierung diskutiert und dabei viele neue Perspektiven, Stimmungen und Ideen für Variationen gesammelt und diskutiert. Diese sind von uns als Arbeitsbereich ausgewertet worden und in den Teil zur Bundeskongressreform in diesem Bericht mit eingeflossen. Das neue Selbstverständnis ist anhand von Thesen teils sehr kontrovers diskutiert worden. Dabei sind inhaltliche und strategische Differenzen klar geworden und diese konnten in der Debatte teilweise verringert werden.

Um einen Multiplikator*innen-Effekt zu erreichen, haben wir außerdem mit allen Teilnehmer*innen besprochen, wie sie die Debatten zur Bundeskongressreform und dem Selbstverständnis gut in ihrem Kreisverband weiterführen und die Ergebnisse dieser Debatten zurückmelden können.

Die Rückmeldung der Teilnehmenden war überwiegend positiv. Viele haben sich über die Möglichkeit, wichtige Debatten in der Grünen Jugend in einem kleineren Rahmen, ohne direkt am Ende der Debatte eine finale Entscheidung treffen zu müssen, sehr gefreut. Auch wurde die Debattenkultur überwiegend als gut bis sehr gut empfunden. Die verschiedenen inhaltlichen- und Debatten-Punkte wurden alle weitestgehend als gut bewertet. Vereinzelt ist zurückgemeldet worden, dass die Debatten als voreingenommen wahrgenommen wurden, und sich “neutralere”

Moderationen gewünscht wurden.

Aus unserer Sicht haben die Regionalforen in dieser Form nicht die Ziele erreicht, die wir mit ihnen verfolgt haben. Zusätzlich dazu, dass sie sehr teuer in der Durchführung waren, wurden große Teile der Zielgruppe nicht erreicht. Dadurch war kein Multiplikator*innen-Effekt möglich und die Debatten wurden nicht tatsächlich in die Breite des Verbands getragen. Zurückzuführen ist dies vermutlich auf verschiedene Effekte. So wurden handwerkliche Fehler darin begangen, die Regionalforen so spät und so zögerlich zu bewerben, verbunden mit der wahrscheinlich unrealistischen Erwartung, dass tatsächlich aus allen Kreisverbänden Menschen anreisen. Außerdem haben die Regionalforen in einer Zeit der Erschöpfung nach der Kampagne, mitten im Sommer zwischen verschiedenen Angeboten von Landesverbänden, stattgefunden. So sind sie teilweise untergegangen oder Menschen haben sich für andere, bekannte Formate entschieden, wenn sie nicht an allen Veranstaltungen in dieser Zeit teilnehmen konnten. Insgesamt empfehlen wir daher keine Wiederholung der Regionalforen dieser Art.

Trotzdem können wir viel aus diesem Versuch lernen. Die grundsätzliche Idee, Kreisverbandsverantwortliche als Multiplikator*innen für Debatten zu nutzen, halten wir weiterhin für richtig. Auch auf Veranstaltungen frühzeitig Debatten über wichtige Entscheidungen zu führen und dabei noch unter keinem Entscheidungsdruck zu stehen, sondern relativ offen Argumente und Rückmeldungen auszutauschen, war für viele hilfreich. Zusätzlich war die Methodik, relativ offene Debatten in vielen Kleingruppen zu führen und dadurch möglichst allen die Möglichkeit zu geben, sich tatsächlich zu äußern, aber auch den Teilnehmenden zuzutrauen, ihre Argumente auch z.B. im Rahmen einer Fishbowl-Diskussion in der großen Gruppe zu vertreten, aus unserer Sicht sehr sinnvoll. Wir empfehlen daher, diese Aspekte der Regionalforen in andere Veranstaltungen zu integrieren. Insbesondere bieten sich hierfür die Kreisvorstands-Landesvorstands-Treffen an, welche sich bereits in vielen Landesverbänden etabliert haben. Auf diesen trifft dieselbe Gruppe von möglichen Multiplikator*innen zusammen und der Landesvorstand hat zusätzlich die Möglichkeit, Debatten auf die regionalen Gegebenheiten anzupassen. Damit bleibt lediglich die Frage nach überregionalen Debatten zwischen Kreisverbandsverantwortlichen ungelöst. Ein Bedürfnis nach diesen Debatten wurde immer wieder geäußert, die Gelegenheit für diese Debatten mit den Regionalforen jedoch nicht angenommen. Was andere Möglichkeiten sein können, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen, konnten wir in der Restzeit unserer Arbeit nicht mehr evaluieren.

KV-Buddy-Programm

Um einen bundesweiten Austausch zwischen Kreisverbänden zu ermöglichen, welcher in der Vergangenheit auf bundesweiten Events, wie die Bundes- oder Frühjahrskongressen stattgefunden hat, aber aufgrund der jetzigen Größe dieser Events dort nicht mehr möglich ist, hat der Arbeitsbereich ein Buddy-Programm zwischen Kreisverbänden ausprobiert. Die Idee war, Kreisverbände paarweise

zuzuweisen und ihnen zu ermöglichen, sich digital und in Präsenz auszutauschen.

Im April konnten sich Kreisverbände für das Programm bewerben, welche dann nach Größe, Erreichbarkeit und Aktivität zugeordnet wurden. Anschließend wurde ein Onlinemeeting durchgeführt, wo Hinweise zur Durchführung des Buddy-Programms gegeben wurden und sich die Buddies kennenlernen konnten. Im Sommer wurde bei einigen ausgewählten Kreisverbänden nachgefragt, wie das Buddy-Programm läuft. Dort wurde dem Arbeitsbereich berichtet, dass nur beschränkt Austausch zwischen Kreisverbänden stattfand.

Aus Sicht des Arbeitsbereiches liegt das einerseits an einem vollen Verbandsjahr, in dem viele Kreisverbände mit der Europakampagne beschäftigt waren, andererseits wurde dem sehr abstrakten Ziel der Vernetzung verständlicherweise wenig Priorität eingeräumt. Es hat sich gezeigt, dass so ein Austausch nur mit Kreisverbänden Sinn ergibt, die viele Kapazitäten mitbringen, und dass so ein Programm eine sehr enge Betreuung benötigt.

Als Weiterentwicklung dieses Programms können wir uns vorstellen, eine solche Vernetzung zu konkreten Themen durchzuführen. Wenn nächstes Jahr solidarische Projekte in Kreisverbänden anlaufen, könnten dann Kreisverbände in einen gegenseitigen Austausch treten, die ähnliche Projekte durchführen.

Fachforen

Die Verbandsanalyse aus dem letzten Jahr hat ergeben, dass es einen dringenden Reformbedarf der Fachforen gibt. Viele Mitglieder wissen nicht, dass diese existieren und in der täglichen Verbandsarbeit spielen sie fast keine Rolle.
Auch im Entwurf der optimalen Debattenverläufe vom Arbeitsbereich kommt Fachforen als Debattenort keine Rolle zu. Es wurde deshalb geprüft, ob Fachforen weiter bestehen sollen.

Eine wichtige Aufgabe, die Fachforen weiterhin übernehmen, ist die Wahl von Delegierten für die Bundesarbeitsgemeinschaften (kurz BAG) von Bündnis 90/Die Grünen. Es wurde geprüft, welche Gremien die BAG-Delegierten statt der Fachforen wählen könnten, es wurde aber keine adäquate Alternative gefunden, welche den demokratischen und organisatorischen Standards entspricht.

Wir empfehlen deswegen, die Fachforen vorerst beizubehalten und empfehlen dem nächsten Bundesvorstand nach einer Alternative für die Wahl der BAG-Delegierten zu suchen und sich weiterhin mit der Frage auseinanderzusetzen, ob Fachforen weiter bestehen sollen.

BuKo-Reform

Die Verbandsanalyse hat gezeigt, dass der Bundeskongress in seiner aktuellen

Form kein guter Debattenort ist. Außerdem haben Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle das Feedback gegeben, dass der Bundeskongress organisatorisch und finanziell zunehmend die Kapazitäten des Verbands sprengt. Ausgehend von diesem Ist-Zustand und dem Beschluss im Arbeitsprogramm haben wir als Arbeitsbereich Kriterien entwickelt, die ein idealer Bundeskongress erfüllen sollte. Ziel war es, dass auf Grundlage dieser Kriterien verschiedene Konzepte zur Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit des Bundeskongresses geprüft werden können. Wichtige Themenfelder bei den Kriterien waren Teilhabe, finanzielle und organisatorische Umsetzbarkeit, Beteiligung und Inklusion. Dabei war klar, dass es kein Szenario gibt, dass allen Kriterien perfekt entspricht.

Nach Gesprächen mit anderen uns nahestehenden Jugendorganisationen, der Bundesgeschäftsstelle, den Grünen und Menschen mit Behinderung in der Grünen Jugend, haben wir die Kriterien nochmal überarbeitet. Auf dem BuVo-LaVo-Treffen wurden sie dann nochmal mit Verantwortungsträger*innen aus allen Landesverbänden besprochen. Daraus hat sich dann eine finale Version ergeben, mit der wir Szenarien für einen reformierten Bundeskongress prüfen konnten.

Uns war es wichtig, dass die von uns erarbeiteten Kriterien mit dem ganzen Verband geteilt werden. Deshalb gab es im Mitgliedermagazin, welches zum Frühjahrskongress erschienen ist, eine Vorstellung der sechs Kriterien. Zusätzlich wurden alle Kriterien nochmal in einem Dokument, das in der Grünen Wolke für alle Mitglieder zugänglich ist, ausführlich erklärt. Da es keine kritischen Rückmeldungen zu den Kriterien gab, glauben wir, dass diese im Großen und Ganzen vom Verband geteilt wurden. Auch die Besprechung auf den Regionalforen hat gezeigt, dass es dazu keinen grundlegenden Widerspruch gab. Damit bilden sie eine gute Grundlage, um die Szenarien zu prüfen.

Auf Grundlage der Kriterien, Input aus dem Verband und aus Ideen aus den Gesprächen mit anderen Verbänden, haben wir diverse Szenarien entwickelt, wie der Bundeskongress verändert werden könnte und diese an den Kriterien gemessen. Als eine erste Kategorie haben wir einige Szenarien gefunden, die wir relativ schnell ausschließen konnten.

Dazu zählt zunächst ein **Bundeskongress als Zeltlager**, bei dem die Hoffnung bestand, durch die wegfallende Miete für eine Schule Kosten zu sparen. Dies würde jedoch die Barriere sowohl für Menschen, die aus verschiedensten Gründen nicht Zelten können oder wollen, stark erhöhen. Zentraler Ausschlussgrund war für uns jedoch, dass Fridays For Future Zelt-Kongresse mit einer ähnlichen Teilnehmendenzahl durchführt und dabei aufgrund der erforderlichen Logistik (Wasser, Sanitäranlagen etc.) ähnlich hohe Kosten wie für unseren Bundeskongress entstehen. Die Hoffnung, durch ein Zeltlager Kosten zu sparen, erfüllt sich also nicht. Dieses Szenario scheitert gleich an mehreren Kriterien, ohne besondere Vorteile an anderen Stellen mit sich zu bringen.

Auch die Möglichkeit, den **Bundeskongress sponsern** zu lassen, um hohe Kosten

auszugleichen, erwies sich als wenig sinnvoll. Hierzu haben wir uns den Parteitag der Grünen angeschaut, der immer stark gesponsert wird. Hiermit können die Grünen jedoch nur einen niedrigen 5-stelligen Betrag generieren, denen gleichzeitig erhebliche Mehrkosten für die zusätzliche Halle entgegenstehen, in der die Stände der Unternehmen stehen. Für uns wäre davon auszugehen, dass diese Einnahmen noch einmal geringer ausfallen würden und entsprechend keinen signifikanten Effekt auf die Finanzierung des Bundeskongresses hätten und somit in keinem Kriterium besser abschneidet, als der aktuelle Bundeskongress. Außerdem bietet die einzige Schule, in der wir gerade noch einen Bundeskongress abhalten können, schlichtweg auch keinen Platz für einen großen Aussteller*innen-Bereich.

Schnell ausschließen konnten wir auch einen **rein digitalen Bundeskongress**, der die Buchung einer großen Location, Bereitstellung von Essen und Schlafgelegenheiten obsolet machen würde. Hier gibt es einerseits starke Bedenken zur rechtssicheren Umsetzung von insbesondere digitalen Personenwahlen. Außerdem haben wir alle durch die Corona-Pandemie Erfahrungen damit gemacht, wie die Debattenqualität in digitalen Formaten leidet. Gleichzeitig würde eine starke Ungleichbehandlung von Menschen und ihren Redebeiträgen auf Grundlage ihrer finanziellen und damit technischen Möglichkeiten entstehen. Entsprechend schneidet dieses Szenario zwar sehr gut in dem organisatorischen Kriterium ab, aber insbesondere, dass Mitglieder gerne teilnehmen und die mögliche Außenwirkung gehen dabei jedoch fast vollständig verloren.

Zuletzt konnten wir auch alle Szenarien, welche **andere Arten der Entscheidungsfindung** abseits von einem Plenum mit formalisierten Debatten und Mehrheitsentscheidungen beinhalten, wie Konsensverfahren, Fluide-Demokratie, usw., ausschließen. Hier haben wir schlicht kein Beispiel gefunden, wo diese mit einer ähnlich großen Gruppe wie dem Bundeskongress durchgeführt wurden. Und von Menschen, die Prozesse dieser Art z.B. in einem Konsensverfahren bei EndeGelände organisiert haben, wurde uns die Einschätzung bestätigt, dass diese Konzepte wahrscheinlich nicht anwendbar auf eine Gruppe dieser Größenordnung sind.

In einem folgenden Schritt haben wir uns die Szenarien genauer angeschaut, welche nach unseren Erkenntnissen tatsächlich eine Verbesserung der Situation erreichen und relevante Zustimmung im Verband erhalten könnten. Diese Szenarien haben wir daher auch auf den Regionalforen besprochen und die Teilnehmenden dazu aufgefordert, sie auch mit ihren Kreisverbänden zu besprechen und Rückmeldung an uns oder ihren Landesvorstand zu geben.

Zunächst haben wir uns hier die Möglichkeit angeschaut, den **Bundeskongress nur noch alle zwei Jahre** durchzuführen. So würden die Kosten nur noch halb so häufig anfallen, es würde jedoch weiterhin allen das Recht geben, am Bundeskongress teilzunehmen und das Verbandshighlight in seiner jetzigen Form würde zwar seltener, aber trotzdem erhalten bleiben. Als Problematik hat sich hierbei ergeben, dass Gelder nicht ohne weiteres zwischen Jahren transferiert werden

können, wodurch in den Jahren mit Bundeskongress die finanziellen Mittel extrem belastet und in den anderen Jahren stark geschont werden würden. Dies würde die Haushaltsplanung deutlich verkomplizieren. Außerdem wurde auf den Regionalforen häufiger problematisiert, große Entscheidungen und Bundesvorstandswahlen nur alle zwei Jahren durchführen zu können. Dazu kommt, dass die Problematik, dass sich, wie die Verbandsumfrage gezeigt hat, viele Aktive auf dem Bundeskongress unter anderem wegen seiner Größe nicht mehr wohlfühlen, nicht gelöst werden würde. Insgesamt war aus diesen Gründen dieses Szenario in den Rückmeldungen aus dem Verband auch eher unbeliebt.

Als weitere Möglichkeit haben wir ein **First-Come-First-Serve System** geprüft. Hierbei würde eine feste Anzahl an Plätzen auf dem Bundeskongress festgehalten werden und an die Personen vergeben werden, die sich als Erstes anmelden. So würde theoretisch die Möglichkeit für alle erhalten bleiben, am Bundeskongress physisch teilzunehmen und gleichzeitig würde eine feste planbare Größe des Bundeskongresses sichergestellt werden. Sowohl uns im Arbeitsbereich als auch in vielen Diskussionen auf den Regionalforen wurde dieses System als sehr unfair bewertet und als Alternative ein **Verlosungssystem** diskutiert. Hierbei würde ebenfalls eine feste Anzahl an Teilnehmenden festgehalten und durch eine Verlosung unter allen Anmeldungen innerhalb eines festgelegten Zeitraums sichergestellt. So würden nicht Menschen, die sich schnell entscheiden und sich anmelden können, bevorzugt und gleichzeitig könnte man durch Quotierungen nach z.B. Gender, Landesverbänden, ländlichem/städtischen Raum, usw. angemessene Repräsentationen sicherstellen. Hierbei würden die jeweiligen Gruppen jedoch nicht für sich selbst entscheiden, wer sie repräsentiert, sondern das Los würde es entscheiden. Außerdem ist eine Überrepräsentation einer Sub-Gruppe, auf die nicht quotiert wird und sich koordiniert in großer Zahl anmeldet, gut möglich.
Zu diesem System war die Stimmung auf den Regionalforen und den einzelnen Rückmeldungen aus Kreisverbänden aufgrund der genannten Argumente sehr durchmischt.

Zuletzt haben wir ausführlich ein **Delegiertensystem** geprüft, da wir hierzu auch explizit mit dem letzten Arbeitsprogramm beauftragt wurden. In einem solchen System könnte die Teilnehmendenzahl ebenfalls auf einen festen Wert festgelegt werden und die Plätze nach einem Schlüssel auf die verschiedenen Gebietsverbände der GRÜNEN JUGEND verteilt werden, welche dann selbst entscheiden, wer sie auf diesen Plätzen repräsentiert. Dabei könnten entweder die Kreisverbände oder die Landesverbände die Orte sein, an denen die Delegationen festgelegt werden. Auch eine Variante, in der die Landesverbände selbst entscheiden, ob sie oder ihre Kreisverbände die Delegationen festlegen, ist denkbar. Wenn die Anzahl an Delegierten hauptsächlich durch die Mitgliederzahl des jeweiligen Verbands festgelegt würde, könnte sichergestellt werden, dass eine möglichst gleichmäßige Repräsentation aller Mitglieder erfolgt. Gleichzeitig könnte z.B. durch eine feste Mindestanzahl an Delegierten pro Verband eine angemessene leichte Überrepräsentation strukturschwacher Gebiete sichergestellt werden. Durch eine Quotierung der Delegierten bei der Wahl (sollte es Verbände mit nur eine*r Delegiert*en geben, auch wechseljährig) und gezieltes Empowerment könnte auch

eine angemessene Repräsentation von marginalisierten Gruppen verbessert werden. Gleichzeitig können die Verbände die wichtigen Fragen des Bundeskongresses im Vorfeld diskutieren und ihren Delegierten Meinungen und Stimmungen mitgeben, sodass diese alle in der Entscheidungsfindung auf dem Bundeskongress berücksichtigt werden. Auch kreative Methoden, wie ein gemeinsames Schauen des Livestreams und eine Chatgruppe mit den Delegierten, in denen die Meinungen live mitgeteilt werden, bleibt den Verbänden selbst überlassen. Gleichzeitig ist es in diesem System nicht mehr möglich, dass alle Mitglieder physisch am Bundeskongress teilnehmen und würde dies bevorzugt für in ihrem Gebietsverband gut vernetzte Verantwortungsträger*innen ermöglichen. Diese können durch ihre Kenntnis ihres Gebietsverbands besser vertreten, eine Teilnahme von weniger gut vernetzten oder neuen Mitgliedern ist damit unwahrscheinlicher.

Unser Ziel, verschiedene Delegiertensysteme (Landesverband oder Kreisverband, verschiedene Verteilungs-Schlüssel, verschiedene Größen des Kongresses, usw.) konkret durchzurechnen und vorzustellen, konnten wir nicht realisieren, da vom entsprechenden Dienstleister der Grünen bis heute keine Daten über Mitgliederzahlen in allen Kreisverbänden vorgelegt werden konnten. Daher ist sowohl unsere Betrachtung als auch die Diskussion auf den Regionalforen auf der hier beschriebenen abstrakten Ebene verlaufen. Auf den Regionalforen hat dieses System die größte, jedoch keine überwältigende Zustimmung erhalten.

Sowohl in unserer Prüfung als auch in den Diskussionen auf den Regionalforen haben immer wieder auch Mischungen aus diesen Szenarien eine Rolle gespielt. Insbesondere wechseljährig einen Bundeskongress wie bisher als Mitgliederversammlung und einen Delegiertenkongress abzuhalten, spielte hierbei oft eine Rolle. Dabei würde die finanzielle Wechselhaftigkeit, nur alle zwei Jahre einen Bundeskongress durchzuführen, mit der stärkeren Beteiligung von Verantwortungsträger*innen kombiniert werden, gleichzeitig jedoch zumindest eine gewisse finanzielle Entlastung und eine gewisse Erhaltung des aktuellen Verbandshighlights bewirken. So sind alle Mischungen, die wir betrachtet haben, eher Kombinationen, in denen die Nachteile sich summieren und die Vorteile nur geringfügig verbessert werden. Daher haben diese im Weiteren keine größere Rolle gespielt.

Abschließend können wir festhalten, dass auf den Regionalforen vor allem ein Verlosungs-System sowie ein Delegiertenkongress Zustimmung als mögliche Reformen des Bundeskongresses gefunden haben. Beide waren dabei beliebter als der Status-Quo und der Delegiertenkongress hat etwas mehr Zustimmung erhalten. Als Arbeitsbereich favorisieren wir dabei klar einen Delegiertenkongress, da dieser nach unserer Abwägung die Kriterien und insbesondere eine gerechte Repräsentation des Verbands, mit der Möglichkeit, am besten Entscheidungen im Sinne des gesamten Verbands zu treffen, am besten erfüllt. Um den unterschiedlichen Meinungen im Verband Rechnung zu tragen, empfehlen wir dem nächsten Bundesvorstand, sobald genauere Mitgliedsdaten der Kreisverbände vorliegen, Satzungsänderungen für sowohl mindestens ein Delegiertensystem als

auch ein Verlosungs-System vorzubereiten und auf dem nächsten Bundeskongress zur Abstimmung zu stellen. Dieser Prozess sollte dabei weiterhin durch ausführliche Debatten mit dem gesamten Verband begleitet werden.